

Tarifpolitik in Europa 2001/2002 –

2. Europäischer Tarifbericht des WSI

Thorsten Schulten

Die Tarifaueinandersetzungen in 2001 und 2002 standen nahezu überall in Europa unter dem Vorzeichen deutlich verschlechterter ökonomischer Rahmenbedingungen. Der konjunkturelle Abschwung hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Lohnsteigerungen diesmal in den meisten europäischen Ländern die nationalen Verteilungsspielräume ausschöpfen konnten. Während sich die nationalen Verteilungsbilanzen im europäischen Durchschnitt deutlich verbessert haben, bestehen zwischen den einzelnen Ländern nach wie vor gravierende Unterschiede.

1

Einleitung

Als die deutschen Gewerkschaften Anfang dieses Jahres ihre Forderungen für die Tarifrunde 2002 aufstellten, wurden diese weit über die nationalen Grenzen hinaus kommentiert: „ECB warns German Unions on Pay Deals“ titelte beispielsweise der englische *Guardian* (8. März 2002) und brachte damit die vielfach von Repräsentanten der Europäischen Zentralbank (EZB) geäußerten Befürchtungen zum Ausdruck, Deutschland könnte sich vom heiligen Pfad der moderaten Lohnpolitik entfernen und damit den Inflationsdruck in Europa anheizen. Fast erleichtert stellte dagegen die Europäische Kommission (2002, S. 48) fest, dass die Löhne in Deutschland in 2002 aufgrund der gewerkschaftlichen Tarifforderungen zwar etwas stärker als im Vorjahr ansteigen, dass dieser Anstieg jedoch durch die hohe Arbeitslosigkeit begrenzt bleibt und damit keine Gefahren für die Preisstabilität bestehen.

In der aktuellen Tarifrunde lautete das zentrale Argument des Metallarbeitgeberverbandes Gesamtmetall (2002) dagegen einmal mehr: „Die Lohnforderung der IG Metall gefährdet massiv die Konkurrenzfähigkeit unserer Betriebe“. Zum vermeintlichen Beleg dieser These verbreiteten die Metallarbeitgeber ein Flugblatt mit Zahlen über Lohnforderungen und Lohnabschlüsse in anderen europäischen Ländern. Die hier präsentierten Daten schienen keinen Zweifel aufkommen zu lassen, dass Deutschland wieder einmal die höchsten Lohnsteigerungen anstrebt.

Schließlich kamen auf Initiative des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes

(EMB) im Mai 2002 die Präsidenten der verschiedenen nationalen Metallgewerkschaften in Frankfurt zusammen, um während der laufenden Streikauseinandersetzungen ihre Solidarität mit der IG Metall zu demonstrieren. In einer gemeinsam von IG Metall und EMB unterzeichneten „Frankfurter Erklärung“ stellten die europäischen Metallgewerkschaften fest, dass die Tarifabschlüsse in Deutschland in hohem Maße auch die Tarifverhandlungen in anderen europäischen Ländern beeinflussen (IG Metall/EMB 2002). Sie bekräftigten deshalb ihr Ziel, innerhalb des EMB ihre nationalen Tarifpolitiken miteinander zu koordinieren. Entsprechend der „EMB-Koordinierungsregel“ soll durch ein Ausschöpfen der nationalen Verteilungsspielräume ein gegenseitiges Lohndumping verhindert und zugleich eine stabilitäts- und wachstumsgerechte Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum befördert werden.¹

Die „Frankfurter Erklärung“ des EMB schließt mit der zugespitzten These: „Unter den Bedingungen des Euro gibt es keine nationalen Tarifverhandlungen mehr!“ In der Tat hat nicht allein der erreichte Grad ökonomischer Verflechtung in Europa, sondern vor allem das mit der Europäischen Währungsunion geschaffene gemeinsame (wirtschafts-)politische Regelsystem dazu geführt, dass auch die nationalen Tarifpolitiken immer größere Interdependenzen aufweisen. So haben nationale Tarifabschlüsse – zumal in den großen Volkswirtschaften wie Deutschland – immer unmittelbarer auch Auswirkungen auf die Tarifpolitik in anderen Ländern und beeinflussen damit indirekt die Wirtschaftspolitik im gesamten Euro-Raum. In den alltäglichen Auseinandersetzungen ist von dieser „europäischen Dimension“ nationaler Tarifpolitik allerdings immer noch recht

wenig zu spüren. Dies liegt zum einen an den verschiedenen politischen Kulturen in den nationalen Arbeitsbeziehungen, die auf der Grundlage jeweils national unterschiedlicher Tarifvertragssysteme ihre eigene Handlungslogik entfalten. Zum andern liegt es oft aber auch schlicht an mangelnden Informationen über die tarifpolitischen Entwicklungen in anderen europäischen Ländern.

Das WSI-Tarifarchiv hat sich vorgenommen, mit der Vorlage eines jährlichen Europäischen Tarifberichtes die bestehenden Informationslücken zu verringern. Bei dem hier zum zweiten Male vorgelegten Europäischen Tarifbericht des WSI handelt es sich diesmal um eine *Kurzfassung*, die sich im Wesentlichen auf eine quantitative Datenanalyse der aktuellen Entwicklung von Löhnen und Arbeitszeiten sowie der Ausschöpfung nationaler Verteilungsspielräume in Europa konzentriert.² Um eine einheitliche Datenbasis zu gewährleisten, wird dabei so weit wie möglich auf aktuelle Daten der Europäischen Kommission zurückgegriffen, die diese in ihrem Frühjahrsgutachten im März 2002 vorgelegt hat (Europäische Kommission 2002). Die gesondert publizierte *Langfassung* des

1 Zum Koordinierungsansatz des EMB vgl. *Schulten/Bispinck* (2001).

2 Für den 1. Europäischen Tarifbericht des WSI vgl. *Schulten* (2001a).

Thorsten Schulten ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im WSI in der Hans Böckler Stiftung.
e-mail: Thorsten-Schulten@boeckler.de

Europäischen Tarifberichtes enthält darüber hinaus qualitative Analysen der aktuellen Tarifrunden in ausgewählten europäischen Ländern, die vor allem den (gewerkschafts-)politischen Kontext der Tarifaufinandersetzungen stärker berücksichtigen.³ Die Länderanalysen stützen sich dabei neben Originaldokumenten auf die Auswertung bestehender Datenbanken und Informationsbulletins zu den industriellen Beziehungen in Europa.⁴

2

Ökonomische Rahmenbedingungen der Tarifpolitik

Die Tarifaufinandersetzungen in den Jahren 2001 und 2002 fanden nahezu überall in Europa unter deutlich verschlechterten ökonomischen Rahmenbedingungen statt (Tabelle 1). In 2001 hat sich das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im EU-Durchschnitt mit 1,7 % gegenüber dem Vorjahreswachstum von 3,3 % nahezu halbiert. Für 2002 prognostiziert die Europäische Kommission eine nochmals niedrigere Wachstumsrate von durchschnittlich 1,5 %. Den europäischen Spitzenplatz hält mit einem BIP-Wachstum von 6,8 % in 2001 und prognostizierten 3,5 % in 2002 nach wie vor Irland. Überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten finden sich darüber hinaus in Luxemburg, Griechenland, Spanien und Großbritannien. Dagegen nimmt Deutschland mit einem BIP-Wachstum von 0,6 % in 2001 und prognostizierten 0,8 % in 2002 eindeutig die Schlusslichtposition in Europa ein.⁵

Der konjunkturelle Abschwung hat sich auch unmittelbar auf die *Beschäftigungsentwicklung* in Europa niedergeschlagen. Während die Arbeitslosenquote im EU-Durchschnitt in 2001 mit 7,6 % gegenüber 8,1 % in 2000 noch leicht rückläufig war, prognostiziert die Europäische Kommission für 2002 erstmals seit Mitte der 90er Jahre wieder einen leichten Anstieg der Arbeitslosenzahlen mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 7,8 %. Mit einer Bandbreite von 2,6 % in Luxemburg und 12,8 % in Spanien bleibt die Lage auf den nationalen Arbeitsmärkten dabei auch in 2002 nach wie vor sehr unterschiedlich. Insgesamt sechs europäische Länder (Luxemburg, Niederlande, Österreich, Dänemark, Irland und Portugal) können mit Arbeitslosenquoten von

Tabelle 1: Wachstum und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union 1999–2002

	Bruttoinlandsprodukt ¹				Arbeitslosenquote ²			
	1999	2000	2001	2002	1999	2000	2001	2002
Belgien	3,0	4,0	1,0	1,1	8,6	6,9	6,6	6,8
Dänemark	2,3	3,0	0,9	1,7	4,8	4,4	4,3	4,4
Deutschland	1,8	3,0	0,6	0,8	8,6	7,9	7,9	8,3
Finnland	4,1	5,6	0,7	1,6	10,2	9,8	9,1	9,3
Frankreich	2,9	3,1	2,0	1,6	10,7	9,3	8,6	8,8
Griechenland	3,6	4,1	4,1	3,7	11,6	10,9	10,2	9,9
Großbritannien	2,1	3,0	2,2	2,0	5,9	5,4	5,1	5,3
Irland	10,8	11,5	6,8	3,5	5,6	4,2	3,8	4,5
Italien	1,6	2,9	1,8	1,4	11,2	10,4	9,5	9,5
Luxemburg	6,0	7,5	5,1	2,9	2,4	2,4	2,4	2,6
Niederlande	3,7	3,5	1,1	1,5	3,2	2,8	2,4	3,0
Österreich	2,8	3,0	1,0	1,2	3,9	3,7	3,6	4,0
Portugal	3,4	3,4	1,8	1,5	4,5	4,1	4,1	4,6
Schweden	4,5	3,6	1,2	1,7	7,2	5,9	5,1	5,4
Spanien	4,1	4,1	2,8	2,1	15,7	14,0	13,0	12,8
EU 15	2,6	3,3	1,7	1,5	9,0	8,1	7,6	7,8

1 Bruttoinlandsprodukt = Veränderung des BIP in % gegenüber dem Vorjahr;

2 Arbeitslosenquote = Anzahl der Arbeitslosen in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (Eurostat-Definition);

Angaben für 2001 = Schätzung der Europäischen Kommission

Angaben für 2002 = Frühjahrsprognose 2002 der Europäischen Kommission

Quelle: Europäische Kommission (2002)

WSI Hans Bockler
Stiftung

unter 5 % eine relativ gute Arbeitsmarktpfomananz aufweisen. Die größten Beschäftigungsprobleme existieren dagegen in Spanien, Griechenland, Italien und Finnland, in denen die Arbeitslosenquote nach wie vor über 9 % liegt. In Deutschland hat die in 2001 stagnierende bzw. in 2002 leicht rückläufige Beschäftigungsentwicklung dazu geführt, dass die deutsche Arbeitslosenquote mit 7,9 % in 2001 und 8,3 % in 2002 erstmalig leicht über dem EU-Durchschnitt liegt.

Neben der allgemeinen Konjunktur-entwicklung und der Lage auf dem Arbeitsmarkt werden die Tarifaufinandersetzungen in den meisten europäischen Ländern vor allem durch die Entwicklung der Preise und der Arbeitsproduktivität geprägt (Tabelle 2). Die Summe beider Indikatoren bildet den sogenannten „neutralen Verteilungsspielraum“, dessen Ausschöpfung durch entsprechende Lohnerhöhungen die Voraussetzung dafür bietet, dass die Beschäftigten an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung partizipieren können und das Verhältnis zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen konstant bleibt.⁶ Dementsprechend stellen Preis- und Produktivitätsentwicklung in den meisten europäischen Ländern die wichtigsten ökonomischen Referenzgrößen bei der Aufstellung gewerkschaftlicher Tarifforderungen dar (Mermet 2001, S. 42f.). Die Ausschöpfung des „neutralen Verteilungsspielraumes“ ist zudem in vielen gewerkschaftlichen Initiativen mittlerweile als Orientierungsrichtlinie für eine europaweite Koordinierung der Tarifpolitik akzeptiert worden, um auf diese Weise ein gegenseitiges Tariffumping

in Europa zu verhindern (Schulten 2002).

Gegenüber den Vorjahren hat sich in 2001 und 2002 die Erhöhung der (*Konsumenten-*)Preise mit jeweils 2,1 % im EU-Durchschnitt leicht beschleunigt. Die Preisentwicklung schwankte in 2001 zwischen 4,5% in Irland und den Niederlanden und 1,2 % in Frankreich. Für 2002 prognostiziert die Europäische Kommission eine ähnlich hohe Spannweite von 4,4 % in Irland und 1,4 % in Frankreich. In

3 Die *Langfassung* des 2. Europäischen Tarifberichtes des WSI erscheint im August 2002 in der Reihe *WSI-Informationen zur Tarifpolitik* und kann beim WSI-Tarifarchiv (tarifarchiv.wsi.de) bestellt werden.

4 Englischsprachige Informationen zu aktuellen tarifpolitischen Ereignissen in Europa finden sich insbesondere in der Internet-Datenbank des European Industrial Relations Observatory *EIROOnline* (www.eiro.eurofound.ie). Darüber hinaus existieren mit dem *European Industrial Relations Review* (EIRR) und dem *IDS Employment Europe* zwei jeweils monatlich erscheinende Informationsbulletins mit aktuellen tarifpolitischen Berichten.

5 Zu den makroökonomischen Ursachen für die deutsche Schlusslichtposition in Europa vgl. den WSI-Standortbericht 2002 (Hein/Mühlhaupt/Truger 2002).

6 Die Definition des „neutralen Verteilungsspielraumes“ als Summe aus Preis- und Produktivitätsentwicklung ist in der Wirtschaftswissenschaft weitgehend Konsens. Strittig ist hingegen die Frage, welche Indikatoren insbesondere für die Preisentwicklung verwendet werden. Gegenüber möglichen alternativen Indikatoren (wie z.B. der Kerninflationsrate, der EZB-Zielinflationsrate oder der Entwicklung der Erzeugerpreise) wird im Folgenden der aus Arbeitnehmersicht bedeutsamste Indikator, nämlich die Entwicklung der Konsumentenpreise, verwendet.

Tabelle 2: Preise, Arbeitsproduktivität und „neutraler Verteilungsspielraum“ in der Europäischen Union 1999–2002

	Preise ¹				Arbeitsproduktivität ²				Neutraler Verteilungsspielraum ³			
	1999	2000	2001	2002	1999	2000	2001	2002	1999	2000	2001	2002
Belgien	1,0	2,2	2,3	1,7	1,6	2,4	-0,1	1,0	,6	4,6	2,2	2,7
Dänemark	2,6	3,0	2,1	2,4	0,8	2,2	0,4	1,6	3,4	5,2	2,5	4,0
Deutschland	0,4	1,4	1,8	1,7	0,6	1,3	0,4	1,2	1,0	2,7	2,2	2,9
Finnland	1,0	3,8	2,7	1,9	1,3	3,6	-0,5	1,7	2,3	7,4	2,2	3,6
Frankreich	0,4	1,5	1,2	1,4	1,1	0,9	0,1	1,1	1,5	2,4	1,3	2,5
Griechenland	2,1	3,1	3,0	3,3	4,4	4,4	4,2	3,4	6,5	7,5	7,2	6,7
Großbritannien	1,5	0,6	1,5	2,0	1,1	2,0	1,4	1,8	2,6	2,6	2,9	3,8
Irland	3,4	4,6	4,5	4,4	4,6	6,5	3,7	2,4	8,0	11,1	8,2	6,8
Italien	2,1	2,8	2,9	2,3	0,5	1,0	0,2	0,6	2,6	3,8	3,1	2,9
Luxemburg	1,4	2,8	2,8	1,9	0,5	2,1	-0,6	0,9	1,9	4,9	2,2	2,8
Niederlande	1,9	2,8	4,5	3,3	1,2	1,1	-1,0	0,9	3,1	3,9	3,5	4,2
Österreich	0,7	1,5	2,3	2,2	1,5	2,5	0,8	1,6	2,2	4,0	3,1	3,8
Portugal	2,3	2,8	4,4	3,1	1,5	1,6	0,1	1,2	3,8	4,4	4,5	4,3
Schweden	1,0	1,0	1,6	1,9	2,3	1,5	-0,8	2,1	3,3	2,5	0,8	4,0
Spanien	2,4	3,2	3,2	2,9	0,6	1,0	0,3	0,9	3,0	4,2	3,5	3,8
EU 15	1,3	1,9	2,1	2,1	1,0	1,5	0,5	1,2	2,3	3,4	2,6	3,3

1 Preise = Deflator des privaten Verbrauchs, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
 2 Arbeitsproduktivität = Reales BIP pro Kopf, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
 3 Neutraler Verteilungsspielraum = Summe aus Preis- und Arbeitsproduktivitätsentwicklung
 Angaben für 2001 = Schätzung der Europäischen Kommission
 Angaben für 2002 = Frühjahrsprognose 2002 der Europäischen Kommission
 Quelle: Europäische Kommission (2002), eigene Berechnungen

WSI Hans Böckler Stiftung

3 Lohnentwicklung und Ausschöpfung nationaler Verteilungsspielräume

Die Entwicklung der *Nominallöhne*⁷ zeigt im EU-Durchschnitt in den letzten vier Jahren eine leicht steigende Tendenz von 2,8 % in 1999 auf 3,3 % in 2002 (Tabelle 3). Die mit Abstand höchsten Nominallohnsteigerungen hat in den letzten beiden Jahren mit 9,2 % in 2001 und 8,1 % in 2002 Irland zu verzeichnen, gefolgt von Griechenland, Portugal, den Niederlanden und Großbritannien. Am unteren Ende finden sich dagegen Länder wie Frankreich, Italien und Österreich, wobei Deutschland über den gesamten Zeitraum 1999-2002 hinweg die jeweils niedrigsten jährlichen Nominallohnsteigerungen in der EU aufweist.

Die erheblichen nationalen Differenzen in den Nominallohnsteigerungen reflektieren zu einem Gutteil die unterschiedlichen Preisentwicklungen in den einzelnen Staaten. Demnach existiert bei der Entwicklung der *Reallöhne* in Europa eine deutlich geringere nationale Spannweite. Der Ausreißer nach oben ist auch hier Irland mit einer Reallohnsteigerung von 4,7 % in 2001 und 3,7 % in 2002. Ansonsten bewegen sich die Reallohnhöhungen in der Mehrzahl der EU-Staaten zwischen 0,5 % und 2,5 %. Deutschland ist hingegen das einzig Land in der EU, in dem die Beschäftigten in den Jahren 2000 und 2001 leichte Reallohnverluste hinnehmen mussten.

Der aus Arbeitnehmersicht wichtigste Indikator zur Bewertung der Lohnentwicklung besteht allerdings darin, inwieweit letztere in der Lage war, den „neutralen Verteilungsspielraum“ aus Preis- und

Deutschland liegt die Preisentwicklung mit 1,8 % in 2001 und 1,7 % in 2002 leicht unterhalb des EU-Durchschnittes.

Das Wachstum der *Arbeitsproduktivität* hat sich in 2001 mit 0,5 % gegenüber 1,5 % in 2000 deutlich verringert. Der größte Einbruch vollzog sich in Schweden, wo die Arbeitsproduktivität um 0,8 % zurückging. Demgegenüber konnte Griechenland mit 4,2 % das höchste Produktivitätswachstum in der EU aufweisen. Für 2002 erwartet die Europäische Kommission wieder ein deutlich höheres Produktivitätswachstum von durchschnittlich 1,2 %, das sich insgesamt

in einer Spannbreite zwischen 3,4 % in Griechenland und 0,6 % in Italien bewegt.

Aus der Gesamtsumme von Preis- und Produktivitätsentwicklung ergibt sich im EU-Durchschnitt ein „neutraler Verteilungsspielraum“ von 2,6 % in 2001 und 3,3 % in 2002. Die für die Tarifaueinandersetzungen entscheidenden nationalen Verteilungsspielräume weisen dagegen entsprechend den aktuellen ökonomischen Rahmenbedingungen in den einzelnen Nationalstaaten erhebliche Unterschiede auf. In 2001 bewegten sie sich zwischen 8,2 % in Irland und 0,8 % in Schweden.

Tabelle 3: Lohnentwicklung und Verteilungsbilanz in der Europäischen Union 1999–2002

	Nominallöhne ¹				Reallöhne ²				Verteilungsbilanz ³			
	1999	2000	2001	2002	1999	2000	2001	2002	1999	2000	2001	2002
Belgien	3,2	3,2	2,6	3,2	2,2	1,0	0,3	1,5	0,6	-1,4	0,4	0,5
Dänemark	2,9	3,9	4,2	3,6	0,3	0,9	2,1	1,2	-0,5	-1,3	1,7	-0,4
Deutschland	1,2	1,2	1,6	2,4	0,8	-0,2	-0,2	0,7	0,2	-1,5	-0,6	-0,5
Finnland	2,1	3,9	4,5	3,5	1,1	0,1	1,8	1,6	-0,2	-3,5	2,3	-0,1
Frankreich	2,4	1,9	2,0	2,5	2,0	0,4	0,8	1,1	0,9	-0,5	0,7	0,0
Griechenland	5,5	6,1	6,2	6,6	3,4	3,0	3,2	3,3	-1,0	-1,4	-1,0	-0,1
Großbritannien	5,3	4,2	5,2	4,3	3,8	3,6	3,7	2,3	2,7	1,6	2,3	0,5
Irland	5,3	8,8	9,2	8,1	1,9	4,2	4,7	3,7	-2,7	-2,3	1,0	1,3
Italien	2,4	3,0	2,8	2,7	0,3	0,2	-0,1	0,4	-0,2	-0,8	-0,3	-0,2
Luxemburg	3,4	4,3	5,3	3,7	2,0	1,5	2,5	1,8	1,5	-0,6	3,1	0,9
Niederlande	3,3	4,6	4,6	5,2	1,4	1,8	0,1	1,9	0,2	0,7	1,1	1,0
Österreich	2,4	2,1	2,8	2,4	1,7	0,6	0,5	0,2	0,2	-1,9	-0,3	-1,4
Portugal	4,2	6,3	5,8	4,4	1,9	3,5	1,4	1,3	0,4	1,9	1,3	0,1
Schweden	1,3	7,3	3,8	3,9	0,3	6,3	2,2	2,0	-2,0	4,8	3,0	-0,1
Spanien	2,7	3,4	4,3	3,5	0,3	0,2	1,1	0,6	-0,3	-0,8	0,8	-0,3
EU 15	2,8	3,0	3,2	3,3	1,5	1,1	1,1	1,2	0,5	-0,4	0,6	0,0

1 Nominallöhne = Nominaleinkommen aus unselbständiger Arbeit (einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) pro Kopf, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr;
 2 Reallöhne = Nominaleinkommen aus unselbständiger Arbeit (einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) pro Kopf abzüglich Preisentwicklung (Deflator des privaten Verbrauchs), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (vgl. Tabelle 2);
 3 Verteilungsbilanz = Saldo des jährlichen Nominallohnzuwachs und dem „neutralen Verteilungsspielraum“ (Summe der jährlichen Preis- und Produktivitätsentwicklung) (vgl. Tabelle 2).
 Angaben für 2001 = Schätzung der Europäischen Kommission
 Angaben für 2002 = Frühjahrsprognose 2002 der Europäischen Kommission
 Quelle: Europäische Kommission (2002), eigene Berechnungen

WSI Hans Böckler Stiftung

⁷ Die Europäische Kommission (2002) weist in ihrem Frühjahrsgutachten 2002 strenggenommen keine „Löhne“ sondern „Arbeitnehmerentgelte“ (definiert als Bruttolöhne plus Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) aus, so dass in die hier verwendeten Daten auch Veränderungen in den Sozialversicherungsbeiträgen mit eingehen können. Da im Rahmen der von der Europäischen Kommission vorgelegten Wirtschaftsgutachten die „Löhne“ generell nicht gesondert ausgewiesen werden, werden hier im Folgenden die „Arbeitnehmerentgelte“ als Indikator für die Lohnentwicklung verwendet.

Produktivitätsentwicklung auszuschöpfen. Der Ausschöpfungsgrad kann hierbei durch die *Verteilungsbilanz*, d.h. dem Saldo aus Nominallohnentwicklung und „neutralem Verteilungsspielraum“, gemessen werden (Tabelle 3). In 2001 haben die Lohnentwicklungen im EU-Durchschnitt demnach zu einer positiven Verteilungsbilanz von 0,6 Prozentpunkten geführt. Für 2002 erwartet die Europäische Kommission, dass der „neutrale Verteilungsspielraum“ durch die Lohnentwicklungen genau ausgeschöpft wird. Im Jahre 2001 weisen insgesamt 11 von 15 EU-Staaten eine positive Verteilungsbilanz auf. Die größten Umverteilungseffekte zugunsten der Arbeitnehmerinkommen konnten mit einer positiven Verteilungsbilanz zwischen 2,3 und 3,1 Prozentpunkten in Luxemburg, Schweden, Finnland und Großbritannien erzielt werden. Dagegen hält Deutschland mit -0,6 Prozentpunkten nach Griechenland die schlechteste Verteilungsbilanz.

Die weitgehend positive Verteilungsbilanz in 2001 ist weniger Ausdruck einer expansiven Lohnpolitik, sondern dürfte konjunkturbedingt im Wesentlichen auf den starken Rückgang des Produktivitätswachstums zurückzuführen sein, auf den die Lohnentwicklung erst mit einer gewissen Zeitverzögerung reagiert. Demnach wird sich in 2002 nach Einschätzung der Europäischen Kommission die Anzahl der Länder mit einer positiven Verteilungsbilanz auf 6 von 15 reduzieren. Wiederum wird für Deutschland – diesmal nach Österreich – die zweitschlechteste Verteilungsbilanz prognostiziert.

4 Tariflöhne und Lohndrift

Die hier auf der Grundlage amtlicher Statistiken und Prognosen der Europäischen Kommission vorgenommene Analyse der Löhne in der EU hat sich bislang ausschliesslich auf die Entwicklung der *Effektivlöhne* bezogen. Damit ist jedoch noch nichts über die tatsächliche Bedeutung der Tarifpolitik für die Entwicklung der Löhne gesagt. Tarif- und Effektivlöhne weisen im Gegenteil oft erhebliche Unterschiede auf, die zum Teil in der jeweils unterschiedlichen Funktions- und Reichweite des nationalen Tarifvertragssystems begründet liegen, zum anderen aber auch durch die Bedeutung übertariflicher Zula-

Tabelle 4: Tariflöhne und Lohndrift in der Europäischen Union 1999–2001

	Tariflöhne ¹			Lohndrift ²		
	1999	2000	2001	1999	2000	2001
Belgien	2,6	2,8	4,4	0,6	0,4	-1,8
Dänemark	2,5	2,5	2,4	0,4	1,4	1,8
Deutschland	3,1	2,4	2,1	-1,9	-1,2	-0,5
Finnland	1,8	2,8	3,3	0,3	1,1	1,2
Frankreich	1,6	2,0	2,6	0,8	-0,1	-0,6
Griechenland	4,1	4,2	3,3	1,4	1,9	2,9
Großbritannien	3,0	3,0	3,2	2,3	1,2	2,0
Irland	3,5	5,5	7,5	1,8	3,3	1,7
Italien	1,8	1,9	2,3	0,6	1,1	0,5
Luxemburg	3,1	4,3	4,5	0,3	0,0	0,8
Niederlande	2,7	3,4	4,4	0,6	1,2	0,2
Österreich	2,1	2,1	2,4	0,3	0,0	0,4
Portugal	3,7	3,2	3,9	0,5	3,1	1,9
Schweden	3,0	3,0	2,8	-1,7	4,3	1,0
Spanien	2,7	3,0	2,5	0,0	0,4	1,8

1 in % gegenüber dem Vorjahr

2 Lohndrift = Saldo zwischen der Erhöhung der nominalen (Effektiv-)Löhne (Tabelle 3) und der Erhöhung der Tariflöhne

Quelle: European Industrial Relations Observatory (Carley 2002a), eigene Berechnungen

WSI Hans Böckler
Stiftung

gen auf Unternehmensebene sowie die Entwicklung der effektiven Arbeitszeiten (Feiertage, Überstunden usw.) beeinflusst werden.

Bislang existieren keine amtlichen Statistiken, die einen ordnungsgemäßen europäischen Vergleich der Entwicklung von *Tariflöhnen* erlauben würden. Für die Jahre 1999–2001 hat das European Industrial Relations Observatory (EIRO) auf der Grundlage nationaler Statistiken eine Zusammenstellung der durchschnittlichen tarifvertraglich vereinbarten Lohnerhöhungen vorgenommen (Carley 2002a). Auch wenn eine hundertprozentige Vergleichbarkeit dieser Daten nicht gegeben ist, so vermitteln sie doch zumindest in der Tendenz einen Überblick über die Entwicklung der Tariflöhne in Europa (Tabelle 4).⁸ In den Jahren 1999 bis 2001 bewegten sich demnach die jährlichen Tarifsteigerungsraten in der Mehrzahl der EU-Staaten zwischen 2 % und 3 %. In 2001 gab es mit 7,5 % die größte Tarifierhöhung in Irland, gefolgt von den Be-Ne-Lux-Staaten, die jeweils Tarifsteigerungsraten von über 4 % aufweisen konnten. Deutschland war in 2001 mit einer Steigerungsrate von 2,1 % auch tarifpolitisches Schlusslicht in Europa.

Ein Vergleich der hier aufgeführten Tariflohnsteigerungen mit den in der amtlichen EU-Statistik ausgewiesenen Effektivlohnzuwächsen (Tabelle 3) macht deutlich, dass in zahlreichen EU-Staaten eine erhebliche positive *Lohndrift* besteht, wonach die Effektivlöhne weit höher als die Tariflöhne ansteigen. Die höchste Lohndrift hatte 2000 Schweden zu verzeichnen, wo die Erhöhung der Effektivlöhne um 4,3 Prozentpunkte über der der Tariflöhne ausfiel. In der Mehrzahl der Länder variiert

die Lohndrift dagegen zwischen 0,5 und 2 Prozentpunkten.

In einigen Ländern führt die Lohndrift dazu, dass die *tarifpolitische* gegenüber der *effektiven Verteilungsbilanz* ein deutlich schlechteres Bild abwirft. In einer Mehrzahl der Länder ist es demnach den Gewerkschaften tarifpolitisch nicht gelungen, ihre im Rahmen europäischer Koordinierungsregeln selbstgesteckten Ziele einer vollständigen Ausschöpfung der „neutralen Verteilungsspielräume“ umzusetzen (Carley 2002a). Letzteres wird auch durch den vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) vorgelegten Bericht zur Tarifrunde 2001 bestätigt (Mermet 2002, S. 41ff.). Lediglich in Deutschland, das als einziges Land in der EU über den gesamten Zeitraum 1999–2001 eine negative Lohndrift zu verzeichnen hatte, fällt die tarifpolitische gegenüber der effektiven Verteilungsbilanz deutlich positiver aus. Zugleich deutet die negative Lohndrift jedoch auch auf strukturelle Probleme, die Tariflohnenerhöhungen in Effektivlohnsteigerungen umzusetzen.

5 Mindestlöhne

Mit insgesamt 7 Ländern hat knapp die Hälfte der Staaten in der Europäischen Union einen gesetzlichen Mindestlohn (Tabelle 5). Hinzu kommen zwei weitere Länder (Belgien und Griechenland), die

⁸ Für methodische Hinweise und Angaben zu den nationalen Ursprungsdaten vgl. Carley (2002a).

Tabelle 5: Gesetzliche und tarifliche Mindestlöhne in der Europäischen Union 2000/2001

	Erhöhung des Mindestlohnes		Absoluter Betrag des monatlichen Mindestlohnes (2001)	Nationaler Mindestlohn in % des nationalen Durchschnittslohnes (2000)	Anteil der Beschäftigten, die den Mindestlohn erhalten (2000)
	2000	2001			
<i>Gesetzlicher Mindestlohn</i>					
Frankreich	2,2%	2,2%	1.083 Euro	49%	12,8%
Großbritannien	-	10,8%	1.062 Euro	37%	6,9%
Irland	-	6,8%	983 Euro	k.A.	k.A.
Luxemburg	2,5%	5,8%	1.259 Euro	42%	17,0%
Niederlande	3,3%	4,2%	1.154 Euro	44%	2,2%
Portugal	4,1%	5,0%	390 Euro	57%	7,5%
Spanien	2,0%	2,0%	506 Euro	34%	2,6%
<i>Tarifvertraglich vereinbarter nationaler Mindestlohn</i>					
Belgien		4-5%	1.148 Euro	39%	k.A.
Griechenland	k.A.	k.A.	458 Euro	41%	k.A.

Quelle: Mermet (2002, S. 48)

WSI Hans Böckler Stiftung

über einen tarifvertraglich vereinbarten nationalen Mindestlohn verfügen. Der absolute Betrag des monatlichen Mindestlohnes variierte in 2001 zwischen 390 Euro in Portugal und 1.259 Euro in Luxemburg. Weit aussagefähiger als der absolute Betrag ist jedoch das Verhältnis des Mindestlohnes zum nationalen Durchschnittslohn. So verfügt z.B. Portugal bei Betrachtung der absoluten Beträge über den geringsten Mindestlohn, der relativ gesehen, d.h. bezogen auf den nationalen Kontext, jedoch mit 57 % des nationalen Durchschnittslohnes von allen Mindestlöhnen in der EU zugleich das höchste Lohnniveau sichert. Der bezogen auf nationale Standards niedrigste Mindestlohn wird dagegen mit nur 34 % des Durchschnittslohnes in Spanien und mit 37 % in Großbritannien gezahlt. Auffällig ist, dass in fast allen Ländern der Mindestlohn niedriger als 50 % des Durchschnittslohnes liegt und damit nach all-

gemein akzeptierter Definition unter die Armutsgrenze fällt. Hinzu kommt, dass die Steigerungsraten der Mindestlöhne in den Jahren 2000 und 2001 in den meisten Ländern noch unterhalb der durchschnittlichen Nominallohnzuwächse lagen.

Bei der Verbreitung des Mindestlohnes weisen die einzelnen Staaten recht große Differenzen auf: Während in den Niederlanden gerade einmal 2,2 % den gesetzlichen Mindestlohn erhalten, sind es in Frankreich 12,8 % und in Luxemburg sogar 17 %. Die Bedeutung des nationalen Mindestlohnes ist aus tarifpolitischer Sicht ebenfalls recht unterschiedlich. Insbesondere in Frankreich setzt die politische Auseinandersetzung um die regelmäßige gesetzliche Erhöhung des SMIC (*Salaire Minimum Interprofessionnel de Croissance*) zugleich einen Orientierungsmaßstab für die Tarifeinansetzungen. In Großbritannien und Irland können die erst in

Tabelle 6: Arbeitszeiten in der Europäischen Union

	Tarifliche Wochenarbeitszeit in 2001	Effektive Wochenarbeitszeit in 2000 ¹	Tarifliche Urlaubstage in 2001 ²
Belgien	39,0	38,5	k.A.
Dänemark	37,0	39,3	30
Deutschland	37,7	40,1	29,1
Finnland	39,3	39,3	25
Frankreich	35,0	38,9	25
Griechenland	40,0	40,9	23
Großbritannien	37,5	43,6	24,5
Irland	39,0	39,9	20
Italien	38,0	38,6	28
Luxemburg	39,0	39,8	27
Niederlande	37,0	39,0	31,5**
Österreich	38,5	40,1	25
Portugal	38,7*	40,3	24,5
Schweden	38,8	40,0	25
Spanien	38,6	40,6	k.A.
EU 15	38,2	39,9	25,9***

¹ durchschnittliche effektive Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten;

² harmonisiert auf der Basis einer 5-Tage Arbeitswoche

* Angaben für 1999; ** Angaben für 2000; *** EU 13 ohne Belgien und Spanien

Quelle: European Industrial Relations Observatory (Carley 2002b)

Eurostat Labor Force Survey, eigene Berechnungen

WSI Hans Böckler Stiftung

jüngster Zeit eingeführten gesetzlichen Mindestlöhne hingegen als Reaktion auf eine abnehmende tarifliche Deckungsrate und einen ausgeprägten Niedriglohnsektor interpretiert werden. Aus ähnlichen Gründen wird derzeit in einigen Ländern (z.B. in Österreich, der Schweiz oder auch in Deutschland) von gewerkschaftlicher Seite die Einführung gesetzlicher oder tarifvertraglicher Mindestlöhne diskutiert.

6 Arbeitszeiten

Die tarifvertraglich vereinbarten durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten variierten im Jahre 2001 zwischen 35 Stunden in Frankreich und 40 Stunden in Griechenland (Tabelle 6). Im Durchschnitt betrug die tarifvertraglich festgelegte Wochenarbeitszeit in der Europäischen Union demnach etwa 38 Stunden. Demgegenüber lag die effektive Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten in 2000 im EU-Durchschnitt bei knapp 40 Stunden, d.h. jeder Vollzeitbeschäftigte in der EU arbeitete im Durchschnitt 2 Überstunden pro Woche. Die längsten effektiven Arbeitszeiten fanden sich mit 43,6 Stunden pro Woche in Großbritannien, die kürzesten dagegen mit 38,5 Wochenstunden in Belgien. Schließlich betrug der tarifvertraglich vereinbarte Urlaub in 2001 im EU-Durchschnitt 25,9 Tage pro Jahr mit einer Spannweite von 31,5 Tagen in den Niederlanden und 23 Tagen in Griechenland.

Das Thema Arbeitszeitverkürzung spielte in den Tarifrunden 2001 und 2002 in den meisten europäischen Ländern nur eine untergeordnete Rolle (Carley 2002b). Lediglich in Frankreich bildete die weitere tarifvertragliche Umsetzung des Gesetzes zur Einführung der 35-Stunden-Woche (das seit 2002 auch für Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten gilt) nach wie vor einen Schwerpunkt der Tarifeinansetzungen. Darüber hinaus fordern aktuell vor allem noch einige südeuropäische Gewerkschaften die Einführung der 35-Stunden Woche. Letztere konnte neben Frankreich vor allem in Spanien für einige wenige Branchen (insbesondere im öffentlichen Dienst) durchgesetzt werden. In Griechenland wurde im nationalen Rahmenabkommen 2002–2003 für den privaten Sektor eine Arbeitszeitverkürzung von 40 auf 39 Stunden pro Woche vereinbart. In

Belgien wurde im Rahmen des nationalen Tarifabkommens 2001–2002 ab Januar 2003 eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 39 auf 38 Stunden beschlossen. Darüber hinaus kam es schließlich noch in einigen skandinavischen Ländern (Schweden, Norwegen) zu geringfügigen Verkürzungen der Jahresarbeitszeit.

7

Fazit: Tarifpolitik 2001/2002 – Verbesserte Verteilungsbilanzen in Europa

Die Tarifrunde 2001 in Europa hat gegenüber den Vorjahren zu einer insgesamt deutlich verbesserten Verteilungsbilanz geführt. In den meisten europäischen Ländern kam es zu Lohnsteigerungen, die die nationalen Verteilungsspielräume ausschöpfen oder sogar leicht übertreffen konnten, ohne dass hiervon nennenswerte Gefahren für die Preisstabilität ausgegangen wären. Die Ursache hierfür lag in erster Linie darin, dass sich die Konjunkturlage in 2001 erheblich verschlechtert hatte und dadurch zu einem geringeren Produktivitätswachstum führte, was die neutralen Verteilungsspielräume deutlich verkleinerte.

Darüber hinaus hat in einigen (insbesondere kleineren) europäischen Ländern die verhältnismäßig günstige Arbeitsmarktlage mit bestehenden Engpässen in bestimmten Arbeitsmarktsegmenten zu höheren Lohnsteigerungsraten beigetragen. Letzteres wurde auch durch die Tatsache unterstrichen, dass in den meisten europäischen Ländern eine positive Lohn drift besteht, wonach die Effektivlöhne gegenüber den Tariflöhnen deutlich höhere Steigerungsraten aufweisen. Schließlich deutete die politische Dimension der Tarifauseinandersetzungen in einigen Ländern darauf hin, dass nach einer längeren Periode moderater Lohnentwicklungen „Grenzen der Lohnzurückhaltung“ erreicht wurden und die Frage der Verteilungsgerechtigkeit wieder zunehmend die tarifpolitische Agenda der Gewerkschaften bestimmte (Schulten 2001a, 2001b).

Der deutschen Tarifpolitik kommt in diesem Kontext in mehrfacher Hinsicht eine Sonderstellung zu. In 2001 hatte Deutschland einmal mehr die niedrigsten Lohnsteigerungsraten und eine der schlechtesten Verteilungsbilanzen zu verzeichnen. Deutschland war außerdem das einzige Land in Europa, in dem die Beschäftigten Reallohnverluste hinnehmen mussten. Es hat damit nicht nur beim

Wachstum, sondern gerade auch bei der Lohnentwicklung die europäische Schlusslichtposition eingenommen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die deutsche Tarifpolitik schon seit einigen Jahren im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern mit einer negativen Lohn drift konfrontiert ist, d.h. dass es gesamtwirtschaftlich nicht gelungen ist, die vereinbarten Tariflohnerhöhungen in vollem Umfang auch in Effektivlohnsteigerungen umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund stand und steht die Tarifrunde 2002 in Deutschland unter dem Vorzeichen eines gewissen lohnpolitischen Nachholbedarfs. Die bisherigen Ergebnisse lassen dabei durchaus eine kleine Trendwende erwarten:⁹ Mit deutlich höheren Lohnsteigerungen hat Deutschland nicht nur die Chance, die tarifpolitische Schlusslichtposition in Europa wieder abzugeben, sondern schafft möglicherweise auch Raum für die gewerkschaftliche Tarifpolitik in anderen Ländern, die nationalen Verteilungsspielräume besser auszuschöpfen.

⁹ Vgl. hierzu den Beitrag von Reinhard Bispinck/WSI-Tarifarchiv in diesem Heft.

LITERATUR

Carley, M. (2002a): Pay Developments – Annual Update 2001, [www.eiro.eurofound.ie/2002/02/Update/tn0202102u.html]

Carley, M. (2002b): Working Time Developments – Annual Update 2001 [www.eiro.eurofound.ie/2002/02/Update/tn0202103u.html]

Europäische Kommission (2002): Economic Forecasts Spring 2002, in: European Economy 2 [europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/2002/ee202en.pdf]

Gesamtmetall (2002): M+E-Abschlüsse weltweit: Mit 3,3% sind wir Spitze; Flugblatt verteilt während der Metall-Tarifrunde 2002

Hein, E./Mülhaupt, B./Truger, A. (2002): WSI Standortbericht 2002: „Schlusslicht Deutschland“ – eine makroökonomische Interpretation, in: WSI-Mitteilungen 6, S. 307–318

IG Metall/EMB (Europäischer Metallgewerkschaftsbund) (2002): Frankfurter Erklärung – Streik in der deutschen Metallindustrie – Solidarität der Europäischen Metallgewerkschaften, Frankfurt, 10. Mai 2002 [www.igmetall.de/tarife/nachrichten/metall/frankfurter_erklaerung.html]

Mermet, E. (2001): Wage Formation in the European Union, Europäisches Gewerkschaftsinstitut, Brüssel

Mermet, E. (2002): Annual Report on the Coordination of Collective Bargaining at the ETUC, in: Dufresne, A./Mermet, E., Trends in the Coordination of Collective Bargaining in Europe, European Trade Union Institute, Discussion Paper DWP 2002.01.02, Brüssel 2002, S. 29–59

Schulten, T. (2001a): Tarifpolitik in Europa 2000/2001 – 1. Europäischer Tarifbericht des WSI, in: WSI-Mitteilungen 7, S. 407–417

Schulten, T. (2001b): Rückkehr der Verteilungsgerechtigkeit? in: Die Mitbestimmung 10, S. 28–30

Schulten, T. (2002): Europeanisation of Collective Bargaining – An Overview on Trade Union Initiatives for a Transnational Coordination of Collective Bargaining Policy, WSI Diskussionspapier Nr. 101, Düsseldorf, Mai 2002

Schulten, T./Bispinck, R. (eds.) (2001): Collective Bargaining under the Euro. Experiences from the European Metal Industry, European Trade Union Institute, Brussels